

Zollvertrag mit Österreich und schloss 1923 einen neuen mit der Schweiz. Zur gleichen Zeit fand der von der Volkspartei forcierte Kampf um den Ausbau der Volksrechte statt, an dessen Ende die Verfassung von 1921 stand. Das Volk honorierte den Einsatz der Volkspartei. Sie gewann die Landtagswahlen 1922 und diejenigen vom Januar 1926. Ein Streit um die Regierungsbildung führte jedoch zur Auflösung des Landtags, und so kam es im April desselben Jahres zu Neuwahlen, in welchen der Status quo bestätigt wurde. 1928 ging die Sparkassa (heute Liechtensteinische Landesbank) durch Betrügereien praktisch Bankrott. Für den Schuldenberg in Höhe von 1,8 Millionen Franken⁵ musste das Land geradestehen, da die Bank Staatsgarantie versprach. Die Sparkassa-Affäre führte zu einem politischen Beben. Da sowohl der Hauptverantwortliche, Anton Walsch-Kirchthaler, als auch der Sparkassa-Verwalter Mitglieder der Volkspartei waren und diese zudem den Verwaltungsrat der Bank dominierte, lasteten Fürst Johann II. und die FBP ihr die Affäre an. Der Fürst löste den Landtag auf und zwang die Regierung zur Demission. Die Neuwahlen gewann die oppositionelle Bürgerpartei, die in der Folge bis 1970 ununterbrochen die Mehrheit in Landtag und Regierung stellte.

Balzers – eine rote Gemeinde

Für Auswärtige ist unser politisches Farbensystem bisweilen etwas verwirrend. Die Linken sind weder rot noch grün⁶, sondern weiss; der eine Teil der Bürgerlichen ist rot, der andere schwarz. Hier war nicht etwa ein Farbenblinder am Werk. Das Durcheinander rührt daher, dass es sich bei den heute so selbstverständlich gebrauchten Bezeichnungen «Rot» und «Schwarz» ursprünglich um Beschimpfungen des politischen Gegners handelte. Die Volkspartei-Anhänger verunglimpften die Bürgerpartei-Sympathisanten als «rückständig-reaktionäre Schwarze». Letztere konterten, die Anhänger der Volkspartei seien sozialistische, unchristliche und republikanische Rote⁷, wie etwa folgende Passage aus dem «Volksblatt» von 1918 zeigt: «In Balzers kommen viele junge Leute mit roten Bändchen im Knopfloch oder mit roten Krawatten zur Wahl. Diese Leute nennen

sich «Christlichsoziale», vergessen aber ganz, dass sie die Abzeichen der Sozialdemokraten tragen [sic] und wohl auch in Gesinnung mit diesen gehen.» (LV, 15.3.1918). 1926 appellierte das «Volksblatt» an die «katholischen Landsmänner von Balzers u. Triesenberg», sich nicht auf Abwege bringen zu lassen: «Männer der Volkspartei haben im letzten Wahlkampfe die eigene Partei zu revolutionären Sozialisten gestempelt... Ihr seid Katholiken, hütet Euch, Verbündete der Umsturz männer zu Euren Vorgesetzten zu wählen.» (LV, 27.3.1926).

Die Volkspartei wehrte sich heftig gegen diese Vorwürfe: «Der Ruf «hie schwarz – hie rot» wirkt im Lande lachhaft und im Auslande weiss man es nur zu gut, dass diese Bezeichnung ursprünglich von den Gegnern unserer Partei angehängt worden ist, und seither von diesen Leuten von Zeit zu Zeit immer wieder ans Licht gezogen wird. Wir haben mit unserem Parteiprogramm und durch mehr als zehn Jahre bewiesen, dass diese Vorwürfe uns nicht treffen können. Sie sind ein billiges und nicht mehr verfängliches Wahlmanöver.» (LN, 16.1.1926).

Vor allem den in der Schweiz arbeitenden Saisoniers wurde unterstellt, sie «huldigten «zumeist sozialdemokratischen, wenn nicht noch weiter nach links hinneigenden Ansichten.»⁸ Das bekannteste dieser linken Schreckgespenster und sicherlich der schillerndste Balzner Politiker bis 1932 war Andreas Vogt, alias «Sozi-Vogt». Über ihn hatte das «Volksblatt» bereits 1918 geschrieben, er gelte «allgemein als Sozialist» (LV, 22.3.1918). Während der Landtagssitzung vom 25. November 1919 rief Vogt von der Zuschauertribüne aus: «Hoch die Republik! Nieder mit der Regierung!» Dies brachte ihm im fürstentreuen Liechtenstein viel Kritik ein. Er war auch innerhalb der Volkspartei umstritten. 1920 appellierten Mitglieder aus Schaan und Vaduz an die Parteileitung, Vogt aus der Partei auszuschliessen, falls er sich künftig mit radikalen Äusserungen nicht zurückhalte. Vor den Wahlen von 1922 wurde parteiintern beschlossen, Vogt nicht als Kandidaten aufzustellen. 1926 stand sein Name dann auf der Liste der Volkspartei. Die FBP nahm dies zum Anlass, ihn heftig zu attackieren. Andreas Vogt wurde nicht nur seine Aus-

⁵ Diese Summe war etwa doppelt so hoch wie ein damaliges Jahresbudget Liechtensteins (vgl. Geiger, wie Anm. 2, Bd. 1, S. 94).

⁶ «Grün» war bereits an die in den 1960er- und 1970er-Jahren bestehende Christlich-soziale Partei vergeben worden.

⁷ Geiger, wie Anm. 2, Bd. 1, S. 65. Die Farbe Rot wird seit 1936 der Vaterländischen Union zugeordnet.

⁸ Geiger, wie Anm. 2, Bd. 1, S. 63.